

Thomas Sauer/Peter Wahl (Hrsg.)

Welche Zukunft hat die



Eine Kontroverse

Reader des Wissenschaftlichen Beirats

von  **attac**

Thomas Sauer/Peter Wahl (Hrsg.)
Welche Zukunft hat die EU?

Thomas Sauer/Peter Wahl (Hrsg.)

Welche Zukunft hat die EU?

Eine Kontroverse

Reader des Wissenschaftlichen Beirats
von Attac

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.attac.de

© VSA: Verlag 2013, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagfoto: misterQM/photocase.com

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISBN 978-3-89965-575-9

Inhalt

Vorbemerkung	7
Thomas Sauer/Peter Wahl	
Welche Zukunft für die EU? – eine Kontroverse	8
Karsten Peters	
Das Kind nicht mit dem Bade	27
Die europäische Demokratie hat Potenzial	
Andreas Fisahn	
Krise der Demokratie in der EU und den Mitgliedstaaten	37
Elmar Altvater	
Europa mit oder ohne Euro – das ist nicht die Frage	53
Friederike Spiecker	
Getrennte Währungswege oder stärkere Integration – wie gelingt die Überwindung der Euro-Krise?	64
Arne Heise	
Das Wettbewerbsprinzip in der Europäischen Union	82
Föderative Entwicklung zwischen Supranationalität, Kooperation und Subsidiarität	
Lucas Zeise	
Zerstörerischer Wettbewerb der Staaten	93
Peter Herrmann	
Das europäische Sozialmodell – Chimäre oder Kern der EU?	102
Thomas Sauer	
Von Chimären und Krokodilen: Der lange Weg vom sozialen Nationalstaat zum europäischen Solidarmodell	114

Christoph Bals	
Schritte aus der EU-Krise – mit Nachhaltigkeit zur Handlungsfähigkeit	131
Joachim Bischoff	
Die Euro-Zone auf dem Weg zu neuem Wachstum?	145
Roland Süß	
Supermacht EU – zwischen Illusion und Alptraum	160
Anne Karrass	
Mehr Europa, aber anders!	171
Peter Wahl	
Wir haben genug Europa!	176
Die Autorinnen und Autoren	188

Vorbemerkung

Die EU steckt in der tiefsten Krise ihrer Geschichte. Ein Ende ist nicht abzusehen und der Ausgang ungewiss. In solchen Zeiten ist es normal, dass in allen politischen Lagern die Diskussion über die Zukunft des Projektes entbrannt ist – oft kontrovers und quer zu den traditionellen Fronten.

Das gilt auch für Attac und dessen Wissenschaftlichen Beirat. Auch hier gibt es viele offene Fragen, wie es mit der EU weitergehen sollte und könnte, und die Antworten sind oft umstritten. Insofern reflektiert das Buch eine bestimmte Etappe in einem Prozess, der noch lange nicht abgeschlossen ist.

In Anlehnung an das Hegelsche Prinzip »Der Widerspruch ist das Fortleitende« wird versucht, die Kontroversen sichtbar und produktiv zu machen, indem zu einzelnen Politikfeldern wie Demokratie, Euro, Wettbewerb, Soziales, aber auch generell zur Zukunft der Union Pro- und Kontra-Positionen formuliert werden. Dabei konnten naturgemäß nicht alle relevanten Themen behandelt werden. Wir wollten und konnten keinen Wälzer produzieren.

Wie zu erwarten, sind in einigen Fällen die Kontroversen sehr prononciert und für manche Leserin und manchen Leser sicher auch provokativ ausgefallen. In anderen sind die Gegensätze milder. In einem Fall mussten wir wegen kurzfristiger Absage eines Autors vom Pro-Kontra-Schema abweichen, nämlich beim Thema Internationale Rolle der EU.

Wir hoffen, mit dem vorliegenden Band der Diskussion in Attac und darüber hinaus allen emanzipatorischen Kräften Impulse zu geben, die Meinungsbildung voran zu bringen und, wenn möglich, auch die politische Positionsbestimmung und Handlungsfähigkeit des emanzipatorische Lagers zu fördern.

Die Konzeption des Bandes wurde im Wissenschaftlichen Beirat von Attac erarbeitet, und die Herausgeber danken allen Mitgliedern des Beirats, die daran mitgewirkt haben. Insbesondere aber danken wir den Autoren und den beiden Autorinnen für ihre Engagement und die Bereitschaft, sich in das Getümmel zu stürzen.

Wir wünschen eine spannende Lektüre.

September 2013

Thomas Sauer, Peter Wahl

Thomas Sauer/Peter Wahl

Welche Zukunft für die EU? – eine Kontroverse

Im Folgenden wollen wir anhand von fünf Leitfragen die Kontroverse sichtbar machen, die die Debatte über die EU in der gesellschaftlichen Linken durchzieht. Diese Leitfragen sind:

1. Was ist das Endziel der europäischen Integration?
2. Welche Zukunft für den Euro?
3. Kann die EU demokratisch werden?
4. Wie stehen die Chancen für eine solidarische, soziale EU?
5. Supermacht EU oder Abschied von der Weltgeschichte?

Zu jedem dieser Punkte wird jeweils in Form von Pro und Contra Stellung genommen.

1. Was ist das Endziel der europäischen Integration?

Thomas Sauer

Bundesstaat oder Staatenbund sind nur scheinbar Alternativen für die Zukunft der europäischen Integration. Wenn in den emanzipatorischen Bewegungen Europas über progressive Perspektiven für die Europäische Union diskutiert wird, lautet die Alternative vielmehr: Grenzüberschreitende, transnationale Lösung der sozial-ökologischen Transformationsaufgaben der Gegenwart oder Rückzug in die nationale Kleinstaaterie. Die Wahl dürfte klar ausfallen, wenn erkannt wird, dass das Nationale Teil des Problems und nicht der Lösung der europäischen Integrationskrise ist.

Die demokratische Legitimation der Europäischen Union ist in den Verträgen von Maastricht und Lissabon kompliziert geregelt: »Einerseits gibt es den Gedanken eines Staatenverbundes, in dem der aus den nationalen Exekutiven besetzte Rat die Rückbindung an die Mitgliedstaaten absichern soll, andererseits das Konzept eines Verfassungsverbundes, in dem anstelle nationaler Staatsbürgerschaften die Unionsbürgerschaft und die Vertretung durch das Europäische Parla-

ment tritt.«¹ In der Konsequenz muss sich ein direkt vom europäischen Souverän, den Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern, gewähltes Parlament immer wieder gegenüber einem sehr starken zwischenstaatlichen Entscheidungsgremium, dem Europäischen Rat, behaupten. Die Ausbalancierung der nationalen Interessen geht so oft vor der Sicherstellung des gemeinsamen Europas.

Während der gesamten Eurokrise war besonders klar zu beobachten, dass für wesentliche Entscheidungen in der EU die zwischenstaatlichen Strukturen des Europäischen Rats maßgeblich sind und nicht die supranationalen des Europaparlaments. Das belegt den Einfluss der Nationalstaaten auf die Geschicke Europas: Bei der Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungspolitik in Europa taten sich z.B. insbesondere die britische und die deutsche Regierung hervor. Diese neoliberale Achse der Europapolitik wurde 1982 begründet, als nach Thatcher in Großbritannien mit Kohl auch in Deutschland eine konservative Regierung die Macht übernommen hatte. Die Liquidation emanzipatorischer Ansätze fand dabei zunächst immer auf der nationalstaatlichen Ebene statt – z.B. in Großbritannien als Vorreiter der Privatisierungspolitik und in Deutschland als Vorreiter der Deregulierungs- und Liberalisierungspolitik, vor allem aber auf den Arbeitsmärkten, wo in beiden Ländern bereits die Regierungen Kohl und Thatcher die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften dauerhaft schwächten, sowie später die Regierungen Blair und Schröder die Liberalisierung und Prekarisierung weiter vorantrieben. Eine Rückkehr zum Nationalstaat wird daher die Neoliberalisierung Europas nicht stoppen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage, ob die »Siege des Nein« in Frankreich und den Niederlanden zum Entwurf einer Europäischen Verfassung und in Irland zum ersten Entwurf des Lissabon-Vertrages nicht Pyrrhus-Siege für die europäische Linke waren, kamen sie doch im Bündnis mit den nationalistischen Kräften in diesen Ländern zustande. Nachdem der Verfassungsvertrag verhindert wurde, war es gerade für das Vereinigte Königreich und Polen ein Leichtes, sich aus emanzipatorischen Bestimmungen des folgenden Lissabon-Vertrages, wie z.B. der Grundrechte-Charta, hinaus zu optieren. Der »große Erfolg« der erneuten Abstimmung in Irland über den Lissabon-Vertrag bestand gerade einmal darin, dass nun jedes EU-Mitglied – wie von den Iren gefordert – einen »eigenen« EU-Kommissar entsenden darf. Hier zeigte sich erneut, dass nicht das Supranationale, sondern das Na-

¹ Franzius, Claudio/Preuß, Ulrich K. (2012): Die Zukunft der Europäischen Demokratie. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften zu Europa, 7), S. 19. http://www.boell.de/downloads/Zukunft_Europaeische_Demokratie.pdf.

tionale der Grund für die Deformationen des europäischen Integrationsprozesses ist.

Die Europäische Union ist keine Sandburg, die – wie beim Spiel am Strand – einfach zerstört und wieder aufgebaut werden kann, wenn sie nicht gefällt. So eine Herangehensweise wäre naiv, verantwortungslos und keineswegs emanzipatorisch. Die linksalternativen Kräfte in Europa haben sich bislang noch zu wenig auf die Entwicklung gemeinsamer, transnationaler Forderungen und Kampagnen zur europäischen Integration geeinigt, weil sie den Nationalstaat als Ort sozialer und ökologischer Auseinandersetzung noch nicht hinter sich gelassen haben. Deshalb blieben auch zentrale Forderungen nach einer europäischen Wirtschaftsregierung, nach einer Sozialunion, nach einer europäischen Energiewende bislang im Ungefähren, ohne den Gang der europäischen Integration maßgeblich beeinflussen zu können. Das muss sich nun ändern.

Peter Wahl

Die EU hat sich seit den 1990er Jahren tiefgreifend gewandelt. Seit den Verträgen von Amsterdam und Maastricht wurde das auch von der Linken bis dahin befürwortete Projekt zum Trojanischen Pferd der *neoliberalen Konterrevolution* (Altvater). Dies führte zum Gegenteil des einstmals emanzipatorischen Anspruchs. Die Zerklüftung in der EU nimmt zu und wird zum Nährboden für Feindseligkeit und Nationalismus. Das Krisenmanagement führt zu dem, was gerade die deutsche Linke nicht wollen kann: die Dominanz Deutschlands und seines »Modells« aus Wettbewerbswahn und Bundesbankideologie.

Die EU ist ein historisch einmaliges Hybridgebilde aus Staatenbund und supranationalen Elementen, von denen der Binnenmarkt und der Euro die wichtigsten sind. Die Befürworter einer Vertiefung der Integration bis hin zum Bundesstaat glauben, dass mit mehr Supranationalismus auch emanzipatorische Ziele, wie die solidarische und soziale EU erreicht werden könnten.

Abgesehen davon, dass nur die wenigsten Mitgliedsländer – Funktionseliten wie Bevölkerung gleichermaßen – einen europäischen Bundesstaat wollen, wird der Charakter des europäischen Supranationalismus verkannt.

Denn diesem ist der Neoliberalismus als genetisches Programm eingeschrieben und fest in Strukturen und Regeln zementiert. Diese Strukturen und Regeln sind kein neutrales Gefäß, in das heute Neoliberalismus und morgen linke Wirtschafts- und Sozialpolitik gefüllt werden könnte. Vielmehr entstand eine Pfadabhängigkeit, aus der man nur über den

Bruch mit den Verträgen herauskommt. Es sei denn man hängt der Illusion an, es käme irgendwann zur notwendigen Einstimmigkeit der 28 Mitgliedsstaaten für eine Vertragsänderung zugunsten eines linken Kurswechsels.

Wir haben es mit einem markt- und wettbewerbsorientierten Supranationalismus zu tun, über den der intellektuelle Vater des Neoliberalismus, Friedrich August von Hayek, schrieb: »Der Wegfall von Zollmauern und die freie Beweglichkeit von Menschen und Kapital zwischen den Staaten des Bundes hat wichtige Folgen, die häufig übersehen werden. Sie beschränken den Spielraum der Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten in sehr beträchtlichem Maß.« Und weiter: »Mit einer gemeinsamen Währungseinheit wird die Handlungsfreiheit, die den nationalen Zentralbanken gegeben ist, zumindest so stark beschränkt sein wie unter einer strengen Goldwährung...« Das betrifft auch die Sozialpolitik. So wäre es »für einen Einzelstaat schwer, selbst Gesetze wie das der Beschränkung der Kinderarbeit oder Arbeitszeit allein durchzuführen.« Sogar die Sparpolitik wird antizipiert: »Auch im rein finanziellen Bereich wären die Methoden zur Erhöhung der Staatseinkünfte für den Einzelstaat einigermaßen beschränkt.«² Mit andern Worten: Sind die Gleise erst einmal verlegt, kann der Zug die Richtung nicht mehr ändern. Die Integration der EU ist seit 20 Jahren die Umsetzung von Hayeks Programm. Sie ist eine Falle zur strukturellen Verhinderung alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Verfassung der Bundesrepublik wäre demgegenüber kein Hindernis für eine linke Bundesregierung die neoliberale Politik durch eine linke zu ersetzen.³ Ähnliches gilt für andere Mitgliedsstaaten. Daher müssen die Spielräume für eine andere Politik, die sich im Rahmen der Mitgliedsstaaten bieten, verteidigt und ausgebaut werden. Sie sind als Ausgangsbasis für eine Transformation Europas zu nehmen, nicht umgekehrt.

Die Integrationisten behaupten, dies sei ein Rückfall in den Nationalismus des 19. Jahrhunderts und Kleinstaaterei. Man sollte sich von dieser binären Logik nicht gefangen nehmen lassen. *There is an alter-*

² Hayek, Friedrich August von (1948; reprint): Individualism and Economic Order. Chicago. <http://mises.org/books/individualismandeconomicorder.pdf> Der Text wurde mehrfach wieder aufgelegt, so 1948 und 1958. Zitiert nach der deutschen Übersetzung von Franziska von Hayek in: Die Gazette. Politisches Kulturmagazin. Nr. 38, 2013, S. 79-80

³ Wobei für die Abschaffung der Schuldenbremse allerdings eine verfassungsändernde Mehrheit nötig wäre. Mit der Schuldenbremse ist es gelungen, auch dem Grundgesetz ein strukturprägendes Element neoliberaler Ideologie zu implantieren.

native, ein dritter Weg:⁴nämlich ein flexibler Staatenbund, der auf Offenheit, Netzwerkartigkeit, Pluralität von Modellen und Handlungsoptionen, Dezentralisierung, Bildung von *Koalitionen von Willigen* und Unterkoalitionen und Subsidiarität setzt. Wenn dann eine Koalition von gleichgesinnten Nationalstaaten ein emanzipatorisches Projekt durchführt, kann eine alternative Dynamik zum zwangsverordneten Neoliberalismus entstehen. Im Grunde ist mit dem Verfahren der »vertieften Zusammenarbeit« schon jetzt ein solcher Ansatz möglich, wobei das Verfahren aber immer noch zu restriktiv ist.

Dieses flexibilisierte Integrationsmodell ist mehr als nur ein gemeinsamer Markt, wie die Briten ihn wollen. Er befördert Kooperationen von Staatengruppen, Vorreiterprojekte in der Umweltpolitik, in der Migrationspolitik und bei der Abwehr von Bespitzelung durch *Big Brother* etc. Er erlaubt aber auch, überstürzte Integrations Schritte, die Schaden anrichten, wieder zurückzunehmen, z.B. Kapitalverkehrskontrollen, ökologisch notwendige Beschränkungen für den Güterhandel, etwa wenn ein Yoghurt 3.000 km durch die EU reist, oder auch ggf. Alternativen zum Euro (s.u.). Zugleich aber werden mit diesem flexibilisierten Integrationskonzept die friedenspolitischen Effekte der EU erhalten.

Schließlich ist eine Vertiefung der Integration auf absehbare Zukunft nur als Zwangsveranstaltung von oben durchsetzbar. Demgegenüber sollte die Linke an ihrem authentischen Internationalismus festhalten. Schließlich heißt es nicht, *Proletarier der Eurozone vereinigt euch*, sondern: *Proletarier aller Länder*.

2. Welche Zukunft für den Euro?

Thomas Sauer

Mit der Währungsunion wurde ein gemeinsames Geld innerhalb Europas geschaffen, ohne die demokratischen und sozialen Bedingungen dieser neu entstehenden supranationalen Volkswirtschaft hinreichend zu klären. Die Dauerhaftigkeit einer Lösung der Eurokrise wird davon abhängen, ob es den emanzipatorischen Bewegungen Europas gelingt, die demokratischen und sozialen Grundlagen einer gemeinsamen Währung in dieser Auseinandersetzung durchzusetzen oder nicht.

Besonders nachteilig macht sich die Dominanz zwischenstaatlicher Strukturen bei der Währungsunion bemerkbar. Der wesentliche Kon-

⁴ Siehe ausführlicher dazu den Beitrag »Wir haben genug Europa!« am Schluss dieses Bandes.

struktionsfehler des Maastricht-Vertrages bestand darin, dass – insbesondere auf deutsches Betreiben hin – trotz Einführung einer gemeinschaftlichen Währung auf die Schaffung eines supranationalen »Unterbaus« in Form einer europäischen Finanzpolitik vollkommen verzichtet und dies sogar in einer Nicht-Beistandsklausel fixiert wurde. Das Problem der europäischen Währungsunion ist nicht ein Zuviel, sondern ein Zuwenig an Integration, insbesondere auf fiskalpolitischer Ebene.

Darüber hinaus ist die gesamte Souveränität der nationalen Haushaltspolitik in einer Währungsunion jedoch nur noch ein Mythos: Im Fall der Ausgabe von Eurobonds, das heißt europäischer Staatsanleihen, läge das unmittelbar auf der Hand. Das gilt aber auch, wenn, wie von der Nicht-Beistandsklausel des gültigen EU-Vertrages gefordert, die staatliche Kreditfinanzierung durch die Ausgabe nationaler Staatsanleihen beibehalten wird, obwohl diese Anleihen in einer supranationalen Währung ausgegeben werden.

Damit entstand für die Euroländer erstmals die Möglichkeit eines Staatsbankrotts, ohne dass die nationalen Zentralbanken dies noch verhindern konnten. Was in ruhigen Zeiten verdeckt, aber in der Finanz- und Bankenkrise manifest wurde, ist ein Sachverhalt, der den Druck auf die öffentlichen Haushalte, inklusive der Sozialsysteme, gerade in Krisenzeiten – wenn sie am meisten benötigt werden – massiv verschärfte: Die Macht zur Haushaltskontrolle der Euroländer wurde mit dieser unvollständigen Konstruktion der Währungsunion de facto den Finanzmärkten übertragen, was zu dem Zeitpunkt offensichtlich wurde, als sich die Finanzmarktkrise in eine europäische Bankenkrise verwandelte und die Staatshaushalte in der Eurozone belastete. Der kaum noch verbleibende makroökonomische und sozialpolitische Handlungsspielraum wurde durch die Auflagenpolitik der Troika praktisch vollends auf Null reduziert.

Mit der Zukunft der Eurozone wird über die Zukunft der wirtschaftlichen Integration in Europa entschieden: Fällt die Währungsunion, würde Europa währungspolitisch in die 1970er Jahre zurück geschleudert – in eine Zeit, als die europäischen Wechselkurse für sechs Jahre von einer unberechenbaren Währungsschlange (genauer: von den nationalen Zentralbanken) regiert wurden. Genau diese Zeiten waren gleichzeitig von hoher Arbeitslosigkeit und hoher Inflation geprägt, Abwertungswettläufe zwischen den europäischen Staaten verschlimmerten die Situation und zwangen die nationalen Staatshaushalte schon lange vor der Währungsunion zu einer ausgeprägten Austeritätspolitik, um den abwertungsbedingten Preis- und Lohndruck aufzufangen. Eine Rückkehr zu einem System flexibler nationaler Währungen ist vor dem

Hintergrund dieser historischen Erfahrungen keine Option der emanzipatorischen Kräfte in Europa.

Peter Wahl

Der Euro ist eine Währung ohne Land. Dass eine solche Fehlkonstruktion auf Dauer nicht funktionieren kann, ist heute Konsens. Aber was tun? Das herrschende Krisenmanagement versucht, einige hässliche Stahlträger durch die Decken des maroden Baus zu hauen: Austerität, Schuldenbremse, internationale Wettbewerbsfähigkeit für alle und ESM. Dass die Fundamente dabei weiterhin bröckeln und die Lebensverhältnisse in den unteren Etagen unerträglich werden, wird in Kauf genommen.

Dennoch hält auch die deutsche Linke mehrheitlich am Euro fest. Gegen die Einsturzgefahr schlägt sie vor, den neoliberalen Zweckbau zu einem Palast der sozialen und demokratischen EU umzubauen, mit Transferzahlungen an die Krisenländer, Vergemeinschaftung der Schulden und einer *Ausgleichsunion*.⁵

Dagegen ist nichts einzuwenden. Wer kann schon etwas gegen eine bessere Welt haben? Allerdings fehlen auf absehbare Zeit die Mittel dazu, das Personal, die Bagger und die Baugenehmigung. Die deutsche Linke hat nur langfristig zu verwirklichende Idealvorstellungen anzubieten, keine interventionsfähigen Vorschläge für hier und heute.

Selbst reformorientierte Zwischenschritte, wie ein *Marshallplan* (DGB), Eurobonds oder ein Schuldenaudit, das auf eine Teilstreichung der Schulden hinausliefere, sind angesichts der Kräfteverhältnisse Utopie. Da die deutsche Linke sich beim Euro zudem nicht von dem entsprechenden Allparteienbündnis im Bundestag abhebt, bleibt sie bei dem Thema marginalisiert.

Die Auseinandersetzung um den Euro ist jedoch keine Marginalie. Zwar hängt am Euro nicht alles, und selbst wenn er scheitern würde, muss das keineswegs heißen, dass auch Europa scheitert, wie Merkel behauptet. Aber andererseits ist er ein wesentliches Element des Krisenzusammenhangs.⁶ Daher muss man sich dazu verhalten.

Als Alternative sind mehrere Varianten im Gespräch: von einem unilateralen Austritt eines Krisenlandes (wie von Flassbeck/Lapavitsas dis-

⁵ Troost, Axel/Paus, Lisa (2013): Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0, in: Buckel, Sonja/Oberndorfer, Lukas/Troost, Axel/Ypsilanti, Andrea (Red.): Solidarisches EUropa. Mosaiklinke Perspektiven, Hamburg, S. 43-65 (aktualisierte Fassung von 2011).

⁶ Siehe detaillierter dazu die Texte von Friederike Spiecker und Elmar Altvater in diesem Band.

kutiert⁷), über die Schaffung eines Nord- und Südeuros, den Austritt Deutschlands aus dem Euro (George Soros), die Ersetzung des Euro durch ein Währungssystem, ähnlich jenem, wie es in den 1990er Jahren bestand (Oskar Lafontaine), bis zur Rückkehr zu den nationalen Währungen. Der französische Ökonom Frédéric Lordon, hat vorgeschlagen, den Euro als Außenwährung gegenüber Dollar, Yen etc. beizubehalten, aber nach innen eine Flexibilisierung zu ermöglichen, z.B. einen griechischen Euro, einen portugiesischen Euro etc., die im Innenverhältnis gegeneinander ab- und aufwerten können.⁸

Über die rein ökonomischen Vor- und Nachteile der verschiedenen Optionen ist eine heftige Kontroverse entbrannt.⁹ Aber alle Varianten haben eines gemeinsam: Sie wären nur sinnvoll zu realisieren, wenn sie kooperativ oder mindestens mit der stillschweigenden Zustimmung der großen Länder zustande kommen. Unilaterale und konfrontative Schritte würden im Chaos enden. Eine solche kooperative Lösung ist jedoch nicht Sicht. Damit stehen die Befürworter einer Alternative zum Euro vor dem gleichen Dilemma wie dessen linken Verteidiger.

Daraus folgt nicht, in Nibelungentreue fest zum Euro zu stehen. Eine offene, auch ergebnisoffene Diskussion hätte das Potenzial, wenigstens die diskursiven Kräfteverhältnisse zu verschieben und die Linke dabei sichtbar zu machen. Zugleich würde sie den Austrittsdiskurs rechtspopulistischen Kräften streitig machen können, wobei freilich darauf zu achten wäre, ihn in eine Gesamtstrategie gegen den Neoliberalismus einzubetten, um nicht mit Rechts verwechselbar zu werden.

Das ist kein Plädoyer für oder gegen den Euro, sondern für den Beginn einer Diskussion. Anderswo ist sie in vollem Gange. So heißt es in einem Manifest europäischer Ökonomen (u.a. auch vom Ko-Präsidenten von Attac Frankreich unterschrieben): »In dieser Debatte darf auch der Euro kein Tabu sein und alle Optionen müssen offen stehen, einschließlich des Austritts aus dem Euro, wenn im europäischen Rah-

⁷ Flassbeck, Heiner/Lapavitsas, Costas (2013): The systemic crisis of the Euro – true causes and effective therapies (<http://www.rosalux.de/nc/nachricht/news/39476/flassbecklapavitsas-studie-the-systemic-crisis-of-the-euro-true-causes-and-effective-therapie.html>).

⁸ Lordon, Frédéric: Sortir de l'Euro? In: Le Monde Diplomatique, Nr. 713, 1.8.2013. Die deutsche Ausgabe von Le Monde Diplomatique, die von der TAZ besorgt wird, hat den Artikel nicht übernommen.

⁹ Siehe z.B. Hickel, Rudolf (2013): Raus aus dem Euro, zurück ins Chaos. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2013. S. 35ff., oder Husson, Michel (2013): La sortie »sèche« de l'euro: une triple erreur stratégique. 22.8.2013 (<http://hussonet.free.fr/videstra.pdf>)

men keine andere Lösung möglich ist, oder wenn die europäischen Institutionen ein Land dazu zwingen.«¹⁰

3. Kann die EU demokratisch werden?

Thomas Sauer

Eine europäische Demokratie muss den Raum schaffen, Konflikte um sozial-ökologische Transformationsaufgaben vom Nationalen zu befreien. Transnationale Konflikte sind die Keimformen dieses Gemeinsamen der europäischen Demokratie – die sich von der Vielfalt nationaler Demokratien in Europa unterscheiden wird.

Entscheidend für ein emanzipatorisches Demokratieverständnis ist die Frage, wie soziale Konflikte, die längst die Grenzen der Nationalstaaten überschritten haben, auf dieser transnationalen Ebene ausgetragen werden: »Lebendige Demokratie braucht Räume und Foren, in denen über europäische Themen gestritten werden kann. Es geht ihr weniger darum, Politik im Konsens zu formulieren, vielmehr müssen Konflikte institutionalisiert und von den gesellschaftlichen Gruppen ausgetragen und gelebt werden. Nur so ist es möglich, sie zu verge-meinschaften. Eine lebendige Demokratie belebt den Wettstreit zwischen politischen Alternativen und versucht zahlreiche Wege zu finden, wie Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen nicht bloß teilhaben, sondern sich diese auch aneignen können.«¹¹ Mit der Europäischen Bürgerinitiative ist im Lissabon-Vertrag mehr direkte Demokratie auf europäischer Ebene verankert als im deutschen Grundgesetz. Dass gleich die erste Europäische Bürgerinitiative gegen die Wasserprivatisierung ein Erfolg wurde, zeigt, dass lebendige Demokratie durch-aus auch gegen den Neoliberalismus in Europa möglich ist.

Ein beliebtes Argument gegen eine weitere europäische Integration lautet, es gebe keinen europäischen Demos. Diese wenig originelle »No-Demos«-These rührt aus einem kollektivistischen Demokratieverständnis, das – bezogen auf Europa – einem klassischen Zirkelschluss aufsitzt: Demnach sei europäische Demokratie nur denkbar, wenn sie von einem europäischen Staatsvolk ausgehe, da es aber angeblich kein europäisches Staatsvolk gebe, könne es auch keine europäische Demokratie geben. Schlichter und geschichtsvergessener lassen sich der Nationalstaat und der heilige Gral nationaler Souveränität kaum feiern.

¹⁰ Que faire de la dette et de l'euro? Un manifeste: <http://tinyurl.com/euro13>

¹¹ Franzius/Preuss, a.a.O., S. 35.

Übersehen wird von den »No-Demos«-Theoretikern, »dass das Europäische Parlament von den Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern gewählt wird (Art. 14 Abs. 2 EUV) und nicht länger die Staatsvölker vertritt. Nicht ohne Grund wird die Unionsbürgerschaft im Vertrag von Lissabon an den Anfang der Regelungen zur Demokratie gerückt (Art. 9 EUV).«¹²

Gerade wenn die Ideen von Freiheit und Gleichheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit nicht auseinandergerissen werden sollen, muss eine Linke, die für diese Werte in ihrer Gesamtheit eintritt, die nationalen Schranken überwinden. Es ist ein etatistischer Grundirrtum, dass Volkssouveränität immer eins sein müsse mit Staatssouveränität: »In der etatistischen Tradition verschmilzt die kollektivistische Vorstellung von Volkssouveränität mit der Staatssouveränität in einem essentialistischen Überschuss unterstellter und damit politisch nicht beeinflussbarer Bedingungen demokratischer Herrschaft. Hierher gehört der immer wieder bemühte und in der deutschen Tradition nur selten hinterfragte Grundkonsens, der dem politischen Konflikt vorausliegt und diesen in demokratischen Verfahren erst beherrschbar macht.«¹³ Der Grundkonsens der emanzipatorischen Menge muss dagegen darin bestehen, dass es keinen Grundkonsens gibt, der losgelöst von den Kräfteverhältnissen in den aktuellen sozialen und ökologischen Auseinandersetzungen Europas definiert wird. Würde die emanzipatorische Menge sich allerdings auf die nationale Ebene in den tagespolitischen Auseinandersetzungen zurückziehen, würde sie darauf verzichten, Einfluss zu nehmen auf den Grundkonsens, das Gemeinsame Europas. Das wäre eine fatale Entscheidung.

Peter Wahl

Die EU hat kein Demokratiedefizit. Sie ist überhaupt keine Demokratie. Zumindest, wenn man unter Demokratie nicht ein beliebig dehnbare Konzept versteht, das es in Miniformat, aber auch in größeren Varianten geben könnte. Ein bisschen Demokratie geht nicht. Demokratie hat Mindeststandards. Werden diese unterschritten, haben wir es mit einer potemkinschen Demokratie zu tun. Zu den Mindeststandards gehören:

- das Prinzip der Umkehrbarkeit von Richtungsentscheidungen,

¹² Frantzius/Preuss, a.a.O., S. 73.

¹³ ebd., S. 29.

- das Prinzip der Selbstregierung des Souveräns – also der Staatsbürger und -bürgerinnen. Das heißt, der Souverän macht mittels Parlament die Gesetze,
- freie, gleiche und geheime Wahlen auf der Grundlage des Prinzips *ein Mensch eine Stimme*,
- Gewaltenteilung zwischen gesetzgebender, exekutiver und judikativer Gewalt.

Für die EU sind diese Mindeststandards nicht gegeben.¹⁴

Darüber hinaus gibt es aber ein tieferliegendes Demokratietheorieproblem, das bereits oben unter dem Stichwort *neoliberaler Supranationalismus* zur Sprache kam: Die Verträge, die quasi als Verfassung fungieren, machen die Dominanz der neoliberalen Wirtschaftspolitik de facto irreversibel. Die EU beruht »auf dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb.«¹⁵ Selbst von einer *sozialen* Marktwirtschaft ist hier nicht mehr die Rede. Stattdessen werden Versuche, die Märkte zu regulieren, nachrangig. Und das ist in unzähligen Ausführungsbestimmungen bis hin zu einschlägigen Urteilen des Europäischen Gerichtshofs praktisch verankert.¹⁶

Auf dieser Grundlage werden dann die Haushaltspolitik, die Geldpolitik und der Umgang mit Inflation – für die Eurozone auch die Währungs- und Wechselkurspolitik – vorgeschrieben. Das alles sind zentrale makroökonomische Stellgrößen, die sich auf Arbeitsmärkte, Löhne, soziale System etc. auswirken. Da die Verträge zu letzteren allenfalls unverbindliche Vertragslyrik bereithalten, muss z.B. Austeritätspolitik als Methode des Schuldenabbaus und zur Ausgleichung von Ungleichgewichten nicht ausdrücklich festgeschrieben werden – sie ergibt sich mit der Brachialgewalt eines Sachzwanges wie von selbst.

Mit dem *Fiskalpakt*, dem so genannten *Sixpack* und dem geplanten *Wettbewerbspakt* soll diese Orientierung noch verschärft werden, und bei Abweichungen sollen automatische Verfahren, wie die Schuldenbremse greifen. Neoliberale Wirtschaftspolitik wird, von marginalen Spielräumen angesehen, auf Autopilot gestellt: »There is no Alternative« – for ever.

¹⁴ Siehe dazu ausführlicher den Beitrag von Andreas Fisahn in diesem Band.

¹⁵ Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Art. 119

¹⁶ So z.B. in den spektakulären Urteilen gegen das Streikrecht. Zum Einstieg dazu: Blanke, Thomas (2008): Die Entscheidungen des EuGH in den Fällen Viking, Laval und Rueffert – Domestizierung des Streikrechts und europaweite Nivellierung der industriellen Beziehungen. Oldenburger Studien zur Europäisierung und zur transnationalen Regulierung Nr. 18/2008. http://www.cetro.uni-oldenburg.de/de/download/Nr_18_jm.pdf

Selten hat eine Verfassung so offen ökonomische Herrschaftsverhältnisse und die damit verbundene Privilegierung partikularer Interessen irreversibel zementiert und der demokratischen Gestaltung entzogen. Hier liegt der eigentliche Sinn dessen, was Angela Merkel als marktgerechte Demokratie bezeichnet.

4. Wie stehen die Chancen für eine solidarische, soziale EU?

Thomas Sauer

Soll die Eurokrise die sozialen Errungenschaften in der EU nicht nachhaltig gefährden, ist ein transnationaler Anlauf der emanzipatorischen Kräfte für ein Gemeinsames Europäisches Solidarmodell notwendig. Dieses Europäische Solidarmodell setzt die Zerstörung der Illusion voraus, dass eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame Lohn- und Sozialstandards und ohne gegenseitige Haftung in der Krise möglich sei.

Nur sehr bedingt sind spezifische Kulturen und Traditionen eine wesentliche Erklärung für die nationale Ausgestaltung der Sozialstaatsmodelle in Europa. Viel einflussreicher ist dafür die Offenheit des Landes gegenüber den ausländischen Märkten: Je höher diese ist, umso mehr muss der Staat externe Schocks der Weltmarktentwicklung auffangen und bearbeiten, dafür braucht er auch einen größeren Anteil der nationalen Wirtschaftsleistung. Ohne eine Währungsunion konnte die so entstandene Vielfalt an europäischen Wohlfahrtsregimen noch koexistieren. Dies änderte sich aber in dem Moment, als zumindest die Mehrzahl der EU-Länder als Währungsunion zu einer gemeinsamen Volkswirtschaft zusammen geschweißt wurde.

Es ist gerade die nationalstaatliche Organisation der Arbeitsmarkt-, Tarif- und Sozialpolitik, die innerhalb einer Währungsunion zum Dilemma fehlender Koordination und zu Spannungen und Ungleichgewichten in der wirtschaftlichen Entwicklung führen muss, die nun in der Eurokrise zu besichtigen sind. Aber nicht nur das: Diese Ungleichgewichte und Spannungen verwandeln die sozialen Widersprüche auf nationaler Ebene scheinbar in Widersprüche zwischen den an der Währungsunion beteiligten Nationen. Es ist genau dieser Nationalismus-Effekt, der die Eurozone aktuell in zwei Hälften spaltet: in eine Gläubiger- und eine Schuldnerzone. Entsprechend konnten in der Gläubigerzone die sozialen Konflikte um einen gerechten Lastenausgleich in der Eurokrise stillgelegt und in Konflikte mit den unbotmäßigen Schuldnerländern der südlichen Peripherie verwandelt werden.

Der nationale Sozialstaat ist also nicht kompatibel mit einer funktionsfähigen Währungsunion, weil er eine vermeintliche Homogenisierung sich eigentlich widersprechender sozialer Interessen auf nationaler Ebene erzeugt und so verhindert, dass diese sozialen Interessenwidersprüche transnational ausgetragen werden, wie es einer supranationalen Währungsunion entsprechen würde.

Wenn nationaler Sozialstaat und Währungsunion nicht zu vereinbaren sind, wie eben ausgeführt, bleiben nur noch drei Optionen: a) Zerstörung des Sozialstaats von oben; b) Zerstörung des Sozialstaats von unten; c) ein neuer Anlauf für ein europäisches Solidarmodell.

Der Kampf gegen das europäische Regime der Austeritätspolitik wird nur Erfolg haben, wenn er aus dem Rahmen der »Wiederherstellung nationaler Wettbewerbsfähigkeit«, der auf den nationalen Wohlfahrtsregimen beruht, heraus gelöst wird und zur Sicherstellung europäischer Mindeststandards in der Sozialpolitik führt. In dieser Auseinandersetzung um die Grundlagen einer europäischen Solidarität wird ein europäischer Demos entstehen – oder die Ideologie der nationalen Wettbewerbsfähigkeit obsiegen. Die Entscheidung der emanzipatorischen Linken Europas sollte klar sein.

Der Lissabon-Vertrag enthält durchaus einige interessante Innovationen, die direkt und auch erfolgreich gegen eine neoliberale Wirtschaftspolitik in Europa in Stellung gebracht werden können. Tatsächlich legt sich die EU im Artikel 119 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union auf den Grundsatz einer offenen Volkswirtschaft mit freiem Wettbewerb fest. Das ist tatsächlich etwas anderes als das Sozialstaatsgebot und die Sozialbindung des Eigentums im deutschen Grundgesetz.

Allerdings war auch nicht zu erwarten, dass die jungen Marktwirtschaften Osteuropas oder die britischen Vertreter eines Freihandels-Kapitalismus gleich eins zu eins das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft unterschreiben, zumal das ja gerade in den 2000er Jahren, als der Lissabon-Vertrag ausgehandelt wurde, auch nicht immer nur vorbildhaft funktionierte. Das Problem besteht gerade darin, dass der Lissabon-Vertrag die nationalstaatlichen Kompetenzen in der Lohn- und Sozialpolitik unangetastet ließ.

Dennoch sind die sozialen Grundrechte (Art. 20-38 der Grundrechtecharta), die soziale und umweltpolitische Abfederung der Marktwirtschaft (Art. 3 III EUV), der Schutz der Unternehmen mit Gemeinwohlverpflichtung (Art. 14 AEUV) sowie die Zulässigkeit einer wettbewerbsrechtlichen Sonderstellung von öffentlichen Unternehmen (Art. 106 AEUV) im Lissaboner Vertragswerk verankert, also von

einem neoliberalen »Autopiloten« keine Spur. Die erfolgreiche Verhinderung der europäischen Wasserprivatisierung zeigt, wie wichtig und gestaltmächtig eine engagierte europäische Öffentlichkeit im Verein mit einem engagierten Europäischen Parlament sein kann.

Peter Wahl

Das *soziale Europa* ist eine schöne Idee. Ins Spiel gebracht hat sie der ehemalige Präsident der EU-Kommission und französische Sozialist, Jacques Delors. Die europäische Linke hat das Konzept aufgegriffen. Delors hatte erkannt, dass die Etablierung des Binnenmarktes und später der Maastricht-Vertrag zu einer Asymmetrie im Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen Sozialem und Markt führen würden, wenn kein Gegengewicht geschaffen würde. Das soziale Europa sollte dieses Gegengewicht sein. Im Grunde sollte der europäische Sozialstaatsgedanke, wie er im 19. Jahrhundert unter dem Druck der Arbeiterbewegung entstanden war und wie er sich nach dem Zweiten Weltkrieg fest etabliert hatte, auf die EU übertragen werden.

Das Projekt ist allerdings an der realen Entwicklung zerschellt. Die 15 Jahre nach 1992 brachten den Durchmarsch des Neoliberalismus in und mit der EU. Während sich die Entfesselung der Finanzmärkte, Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, Standortwettbewerb und der Abbau des Sozialstaates als *hard law* geschichtsmächtig durchsetzten, blieb das Soziale *soft law*, unverbindliche Absichtserklärung ohne Biss. Das was oben als *neoliberaler Supranationalismus* bezeichnet wurde, hatte sich durchgesetzt. Freilich kommt dieser Supranationalismus einer strukturellen Verhinderung linker Wirtschafts- und Sozialpolitik gleich.

Vergleicht man die Voraussetzungen für den historischen Sozialstaat mit den Rahmenbedingungen zu Beginn der 1990er Jahre, ist das Scheitern des sozialen Europa nicht verwunderlich. Im 19. Jahrhundert existierte eine machtvolle soziale Bewegung, die mit Gewerkschaften und Sozialdemokratischen Parteien – viele hatten den Marxismus im Programm – den Kapitalismus machtpolitisch herauszufordern in der Lage waren. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam hinzu, dass infolge von Weltwirtschaftskrise und Aufstieg der Sowjetunion der Kapitalismus wiederum herausgefordert war und sich zu beträchtlichen sozialen Zugeständnissen bequemen musste, um in der Systemkonkurrenz zu bestehen.

Ganz anders dagegen die Ära Delors. Das sozialistische Lager war implodiert. Gleichzeitig war der Neoliberalismus hegemonial geworden. Soziale Bewegungen, die den Kapitalismus hätten herausfordern kön-

nen, gab es nicht, und auch die nicht-kommunistische Linke war überall in die Defensive.

Die Situation verschlechterte sich noch, als um die Jahrtausendwende mit der Osterweiterung zehn neue Mitgliedsländer zur EU stießen, in denen die Ideologie des freien Marktes auf besonders fruchtbaren Boden fiel und Kategorien wie soziale Gerechtigkeit und alles Linke prinzipiell verdächtig waren. Die Sozialdemokratie wandelte sich zu *New Labour* und wurde dort, wo sie an der Regierung war, zum Exekutor des Neoliberalismus. Bei der Unterzeichnung des Vertrags von Nizza, 2001, waren zwölf der damals noch 15 Mitgliedstaaten sozialdemokratisch geführt oder Mitte-Links. Es war die wohl letzte Chance, jemals noch auf legale Weise eine progressive Wende in der EU herbeizuführen. Heraus kam in Nizza neben neuen Stimmrechtsregeln die so genannte *Lissabonstrategie*, mit der die EU zur wettbewerbsstärksten Region der Welt werden wollte.

All das heißt nicht, das Konzept der sozialen und solidarischen EU aufzugeben. Nur muss man realistisch erkennen, dass es sich derzeit nur um eine Vision ohne Eingriffsfähigkeit in das herrschende Krisenmanagement handelt.

Damit sich das ändert, sind zwei Voraussetzungen notwendig:

- Die Kräfteverhältnisse in den großen Ländern müssen sich zugunsten von Arbeit und Sozialem verschieben. Ohne machtvolle Mobilisierung der Lohnabhängigen, ohne massiven Druck von unten, ändert sich nichts.
- Sind die Kräfteverhältnisse einmal verschoben, kann eine Kursänderung nur durch den Bruch mit den bestehenden Regeln vollzogen werden. Im Konsens mit 28 Mitgliedsländern wird das soziale Europa nicht zu haben sein.

5. Supermacht EU oder Abschied von der Weltgeschichte?

Thomas Sauer

Die Europäische Union hat in den Jahren ihres Bestehens, seit den Römischen Verträgen von 1957, den Frieden zwischen den jeweils beteiligten Staaten Europas gesichert. Ein solidarisches Europa kann auch ein friedliches Europa nach außen sein. Dabei können die Erfahrungen mit der friedensschaffenden Wirkung der europäischen Integration eine wichtige Quelle sein. Europa könnte auf dieser Basis eventuell zu einem wertvollen Akteur eines multilateralen Systems zur Sicherung von Frieden und Menschenrechten werden.

Wenn schon die wirtschaftliche Integration den militärischen Raubkapitalismus, der von Deutschland ausging, in Europa zivilisiert hat, so ist selbst diese banale Integrationsform ein schützenswertes Gut, vielleicht auch ein Modell für die globale Friedenssicherung. Es sollte nicht vergessen werden, dass der Krieg auf dem Balkan auch deswegen eskalierte, weil Jugoslawien als Ganzes keine Beitrittsperspektive zur Europäischen Union gewährt wurde. Der neu aufflammende Nationalismus in den ehemaligen Teilrepubliken erhielt damit frische Nahrung für die blutigen Verteilungskämpfe um die wirtschaftlich nutzbaren Restposten des zerfallenden Jugoslawiens.

Der Jugoslawienkrieg, die griechisch-türkische Aufrüstung in der Ägäis, die britischen Kriegsschiffe vor Gibraltar zeigen, wie dünn der zivilisatorische Firnis sein kann, der den Frieden sichert. Hinzu kommt, dass lange, relativ friedliche Perioden – wie im langen europäischen 19. Jahrhundert zwischen Wiener Kongress 1815 und Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 – nicht zum Irrglauben führen sollten, diese wären unumkehrbar. Die aggressive militärische Aufrüstung war geradezu ein konstitutives Merkmal der aufsteigenden europäischen Nationalstaaten dieser Zeit. Schließlich hatte die organisierte Arbeiterbewegung Europas dem nationalistischen Rausch des Kriegsausbruchs im Jahr 1914 wenig entgegenzusetzen.

Angst ist nie ein guter Ratgeber in der Politik. Es besteht auch kein Grund, anzunehmen, dass das im Ergebnis fatale Zeitalter der Nationalstaaten des 19. und 20. Jahrhunderts sich in Europa oder anderswo einfach so wiederholen würde. Zu diesem Eurozentrismus fehlen heute die Kolonien, die noch einmal verteilt werden könnten. Die Produzenten in den außereuropäischen Schwellenländern werden immer stärker zu ernst zu nehmenden Konkurrenten Europas um Rohstoffe, Absatzmärkte und Investitionsgelegenheiten. Das allerdings gehört zu einem Globalisierungsprozess, der bereits jetzt nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen und militärischen Kräfteverhältnisse in der internationalen Politik im 21. Jahrhundert nachhaltig verschiebt. Die bisherigen historischen Erfahrungen zeigen, dass solche massiven Kräfteverschiebungen in der internationalen Politik selten ohne militärische Konflikte abgegangen sind. Es ist müßig darüber zu spekulieren, ob aufstrebende und aufrüstende Staaten wie China, Indien, Russland, Brasilien sich in Zukunft immer friedlich verhalten werden. Der chinesisch-japanische Konflikt um einige unbewohnte Felsinseln zeigt jedoch, wie schnell ein aggressiver Nationalismus mobilisiert werden kann.

Wenn sich ein Krieg in Europa, im Pazifik oder anderswo nach langer Friedensperiode nicht wiederholen soll, dann ist die Schlussfolge-

rung, alles dafür zu tun, die wirtschaftliche Integration durch eine soziale und ökologische Integration zu ergänzen. Dagegen wäre die vom britischen Premierminister Cameron geforderte »flexible Vernetzung« zu einem lockeren Staatenbund die Freihandelslösung, die das Vereinigte Königreich seit seinem Eintritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1973 favorisiert (nachdem die von den Briten favorisierte Europäische Freihandelszone krachend gescheitert war). Es wäre die Lösung, die keiner weiteren demokratischen Legitimierung mehr bedürfte, weil sie ausschließlich nationalen Interessen Rechnung trüge. Es wäre auch die Lösung, die den Ersten Weltkrieg nicht verhinderte. Daran ist nichts Emanzipatorisches zu entdecken.

Europa kann und soll in der sozial-ökologischen Transformation voran gehen. Das setzt voraus, dass sich die emanzipatorischen Kräfte dieser Auseinandersetzung auch auf der europäischen Ebene stellen. Dazu wird keine militärische Supermacht Europa, sondern ein solidarisches Europa nötig sei, das sich vom Nationalen emanzipiert. Dann wäre Europa möglicherweise ein interessantes Studien-Modell auch für andere Regionen der Welt (was nicht ausschließt, dass nicht alle Fehler der europäischen Integration wiederholt werden müssen). In einem neuen Multilateralismus könnte dann vielleicht endlich der Schutz der globalen Gemeingüter wirksam angegangen werden.

Peter Wahl

Ein starkes Motiv für die politische Union ist der Wunsch, die EU zu einer Supermacht zu machen. Vor allem angesichts der weltpolitischen Umbrüche hin zu einem multipolaren System wird immer öfter gefordert, die EU müsse einen ebenbürtigen Platz neben den USA und China finden. So will Michael Hüther, Chef des *Instituts der Deutschen Wirtschaft* (ein wichtiges Sprachrohr des deutschen Kapitals) das ökonomische Potential der EU für Supermachtspolitik nutzen: »Nur Europa, aber kein einzelnes Mitglied, kann in diesem Konzert glaubwürdig und kräftig seine Stimme erheben. Nur so wird daraus G3.«¹⁷ Die Außenbeauftragte der EU, Catherine Ashton, schreibt: »Die harte Wahrheit, um die wir nicht herumkommen, ist, dass Konflikte Tausende von Meilen von unseren Grenzen unseren Interessen schaden können«, weshalb »die EU entscheidende Schritte unternehmen muss, ihre Sache auf der Weltbühnen zu stärken.«¹⁸ Dass das nicht nur gewaltfrei geschehen soll, kann man bei der *Future of Europe Group* der EU-Außenminister

¹⁷ Süddeutsche Zeitung, 29.7.2011. S. 16.

¹⁸ European Union. External Action. EEAS Review 2013 (http://eeas.europa.eu/library/publications/2013/3/2013_eeas_review_en.pdf).

nachlesen: »Unsere Verteidigungspolitik sollte ehrgeizigere Ziele haben, die über ›pooling und sharing‹ hinausgehen.«¹⁹

Gegenwärtig ist das alles Utopie. Die Krise hat das Image und den Einfluss der EU noch einmal reduziert. Vor allem aber sind unabhängig davon die Widersprüche zwischen maßgeblichen Mitgliedsstaaten auf diesem Politikfeld so groß, dass eine gemeinsame Außen- und Militärpolitik aussichtslos ist. Die Spaltungslinien im Irak-Krieg, die Interventionen in Libyen und in Syrien²⁰ zeigen, dass zumindest die großen Mitgliedsstaaten nach wie vor traditionelle Großmachtspolitik auf eigene Rechnung betreiben. Großbritannien versucht etwas Status aus der Zeit des *Empire* zu retten, indem es eine besondere Partnerschaft mit den USA eingeht, und dann von Zeit zu Zeit die Kanonenboote losschickt.

Auch Frankreich sitzt der Colt nach wie vor locker, wie die Interventionen im Tschad 2008, Afghanistan 2009, Elfenbeinküste 2010, Libyen 2011, Mali 2012 und möglicherweise Syrien 2013 zeigen. Hier wirkt nicht nur die koloniale Vergangenheit fort, sondern auch das Bedürfnis, den Deutschen wenigstens auf diesem Gebiet überlegen zu sein.

Dass die Funktionseliten eines Kontinents, auf dem es von abgehalfterten Großmächten nur so wimmelt, auch weiterhin in der Weltpolitik vorne mitspielen wollen, wird nicht überraschen. Aber vor dem Hintergrund einer 500-jährigen Geschichte von Aggression, Unterdrückung und Ausplünderung – und das auch immer mal wieder europäisch untereinander abgestimmt wie bei der *Berliner Afrikakonferenz* 1885 – ist der Großmachtanspruch der EU eine eurozentristische Anmaßung. Europas Rolle in der Weltgeschichte, das war in erster Linie die Ausrottung der präkolumbianischen Hochkulturen durch Spanien, die Versklavung von Millionen von Afrikanern durch Engländer, Franzosen und Portugiesen und die unfassbare Brutalität der belgischen Herrschaft über den Kongo. Es waren die Massaker der Briten in Indien und die Barbarei Frankreichs in Algerien noch in den 1960er Jahren. Und es waren die singulären Verbrechen Deutschlands. Der blutigen Geschichte der innereuropäischen Kriege entsprach eine nicht minder blutige Gewalttätigkeit nach außen. Angesichts all dessen wäre machtpolitische Zurückhaltung in der Welt nicht nur ein ethischer Imperativ, sondern ein Beitrag, die Stabilitätsrisiken in einem multipolaren Weltsystem nicht auch noch durch eine Supermacht EU zu erhöhen.

¹⁹ Final Report of the Future of Europe Group of the Foreign Ministers of Austria, Belgium, Denmark, France, Italy, Germany, Luxembourg, the Netherlands, Poland, Portugal and Spain. 17. September 2012. S. 6.

²⁰ Redaktionsschluss für diesen Text war der 3.9.2013, sodass der spätere Verlauf der Syrienkrise unberücksichtigt bleiben musste.

Denn es ist angesichts der Tradition, den aktuellen Praktiken Frankreichs, Großbritanniens und ähnlichen Tendenzen bei Teilen der deutschen Funktionsebenen illusorisch anzunehmen, dass eine politische Union einer anderen Logik folgen würde, als der der Geopolitik. Das ist die Logik der selbsternannten Richter, die andere »bestrafen«, die Logik der »Glaubwürdigkeit«, der »roten Linien« und all jener Kategorien aus einer Denkwelt, von der man gehofft hatte, dass sie nach dem Zweiten Weltkrieg und mit der UN-Charta vorbei sein würde.

Thomas Sauer weist im vorherigen Abschnitt zu Recht darauf hin, wie dünn angesichts der britischen Kriegsschiffe vor Gibraltar »der zivilisatorische Firnis sein kann, der den Frieden sichert.« Solange eine politische Union nicht in ein globales Beziehungsgeflecht eingebunden ist, wie es in der EU bereits existiert, ist es ein Segen für Europa und die Welt, wenn der EU die Mittel zur globalen Machtprojektion fehlen und so eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit die wirksamste Bremse gegen die Fortsetzung der alten Politik, diesmal unter EU-Flagge ist. Das ist kein Abschied von der Weltgeschichte, wie Habermas u.a.²¹ beklagen, sondern die Abkehr von den unheilvollsten Praktiken, die Europa über die Welt gebracht hat.

Und es ist auch nach innen von Vorteil. Es spart Geld für Rüstung, Militär und Kriege, deren Kosten immer die subalternen Klassen und Schichten tragen müssen.

²¹ Peter Bofinger/Jürgen Habermas/Julian Nida-Rümelin: Kurswechsel für Europa. Einspruch gegen die Fassadendemokratie. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 3.8.2012. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/europas-zukunft/kurswechsel-fuer-europa-einspruch-gegen-die-fassadendemokratie-11842820.html>.

Die Autorinnen und Autoren

Elmar Altvater ist Professor i.R. für Politikwissenschaft. Er ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Christoph Bals ist Politischer Geschäftsführer der Nichtregierungsorganisation Germanwatch.

Joachim Bischoff ist Ökonom und Sozialwissenschaftler, Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus.

Prof. Dr. Andreas Fisahn lehrt Öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht sowie Rechtstheorie an der Universität Bielefeld. Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Arne Heise, Professor für Finanzwissenschaft und Public Governance im Fachgebiet VWL am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg.

Peter Herrmann ist Professor am Osservatorio Europeo sulla Qualità Sociale, Rom.

Dr. Anne Karrass, Sozialökonomin, ist Mitarbeiterin beim Hauptvorstand von ver.di und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Karsten Peters ist Abgeordnetenmitarbeiter im Europäischen Parlament und Mitglied des Koordinierungskreises von Attac.

Thomas Sauer ist Professor für Volkswirtschaftslehre im Fachbereich Betriebswirtschaft an der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Friederike Spiecker, Dipl.-Volkswirtin, arbeitet als freie Wirtschaftspublizistin und Beraterin zu nationalen wie internationalen Fragen der Wirtschaftspolitik.

Roland Süß ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Deutschland.

Peter Wahl ist Gründungsmitglied von Attac Deutschland und Vorsitzender der Nichtregierungsorganisation Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED. Er ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Lucas Zeise, Finanzjournalist, hat Philosophie und Volkswirtschaft studiert und u.a. für das japanische Wirtschaftsministerium, die deutsche Aluminiumindustrie und die Frankfurter »Börsen-Zeitung« gearbeitet. Er war an der Gründung der »Financial Times Deutschland« beteiligt.